

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 16.09.2010**

öffentlich

Ort: Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20.45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|-------------------------------|-----------------------------|-----------------------------------|
| Herr Dr. Toralf Fischer | Verw | |
| Herr Roland Hildebrandt | CDU | |
| Herr Andreas Schachtschneider | CDU | |
| Frau Dr. Ulrike Wünscher | CDU | Vertreterin für Herrn Raik Müller |
| Herr Dr. Erwin Bartsch | parteilos | |
| Frau Ute Haupt | DIE LINKE. | |
| Herr Robert Bonan | parteilos | |
| Frau Hanna Haupt | SPD | |
| Herr Manfred Schuster | DIE GRAUEN/Volkssolidarität | |
| Frau Sabine Wolff | NEUES FORUM | |
| Herr Tobias Kogge | BG | |
| Frau Elisabeth Krausbeck | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| Herr Wolfram Neumann | BG | |
| Herr Hans-Günter Schneller | Verw | |
| Frau Annerose Winter | Verw | |
| Frau Ute Borchert | SKE | |
| Herr Manfred Czock | SKE | |
| Frau Dr. Gesine Haerting | SKE | |
| Frau Petra Tomczyk-Radji | SKE | |
| Herr Christian Weinert | SKE | |
| Frau Annette Wunderlich | SKE | |
| Herr Norwin Dorn | Seniorenrat | |
| Frau Dr. Christine Radig | ARGE SGB II Halle GmbH | |
| Frau Dr. Uta Schwarzer | Verw | |
| Frau Sylvia Tempel | ARGE SGB II Halle GmbH | |
| Herr Sven Weise | LIGA | |
| Frau Kerstin Riethmüller | Verw | |
| Frau Andrea Simon | Verw | |
| Frau Kölzner | Bfw | |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|----------------------------|-----------|--------------------------------|
| Frau Susanne Wildner | Verw | |
| Frau Petra Schneutzer | Verw | |
| Herr Raik Müller | CDU | Vertreter Frau Ulrike Wünscher |
| Herr Dr. Mohamed Yousif | parteilos | |
| Herr Norbert Böhnke | Verw | |
| Herr Mamad Mohamad | SKE | |
| Frau Brigitte Thieme | SKE | |
| Frau Sylke Bühler | Verw | |
| Herr Dr. Eberhard Wilhelms | Verw | |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Öffentliche Unterschriftsleistung der Kooperationsvereinbarung Vernetzte Pflegeberatung zwischen der Stadt Halle und den Kranken- und Pflegekassen
4. Vorstellung der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH
5. Genehmigung der Niederschrift vom 19.8.2010
6. Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft (ARGE)/SBG II Bereich
Vorlage: V/2010/09065
8. Diskussion zum Nachtragshaushalt 2010
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
10. schriftliche Anfragen von Stadträten
11. Mitteilungen
12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
13. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 3 begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Schulz, AOK Sachsen-Anhalt für alle Vertreter der Kranken- und Pflegekassen.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass auf der 2. Einladung, die verschickt wurde, der TOP 7.1 aufgenommen wurde.

Es wird der Antrag auf Rederecht für Herrn Liste vom Betriebsrat der ARGE zu TOP 7.1 gestellt.

Herr Hildebrandt meldet Bedenken an, hier kann es Probleme mit dem Arbeitgeber geben.
Herr Bonan schließt sich dieser Meinung an.
Herrn Leiste kann damit kein Rederecht eingeräumt werden.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Dringlichkeitsantrag zur Aufnahme eines TOP
„Diskussion zum Nachtragshaushalt“ nach TOP 7.1., auch wenn die entsprechenden
Unterlagen dazu für den Ausschuss noch nicht verteilt sind.

Abstimmung:

| | |
|--------------|---|
| Ja | 9 |
| Nein | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Damit ist die Tagesordnung mit Aufnahme

TOP 8 – Diskussion zum Nachtragshaushalt

bestätigt.

**zu 3 Öffentliche Unterschriftsleistung der Kooperationsvereinbarung
Vernetzte Pflegeberatung zwischen der Stadt Halle und den Kranken-
und Pflegekassen**

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Kogge und Frau Schulz, AOK Sachsen-Anhalt, über die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung Vernetzte Pflegeberatung zwischen der Stadt Halle und den Kranken- und Pflegekassen zu informieren.

Herr Kogge teilt mit, dass es eine lange Diskussion zur Pflegeberatung gab. Er betont, dass diese Unterschriftsleistung deshalb hier im Rahmen des Ausschusses öffentlich stattfindet, damit bekannt gemacht werden kann, dass sich die Stadt für ihre älteren Bürger engagiert. Er bedankt sich bei allen an der Vorbereitung dieser Vereinbarung Beteiligten.

Frau Schulz führt aus, dass diese Kooperationsvereinbarung ein Novum darstellt, dass sich die Kranken- und Pflegekassen an einen Tisch gesetzt haben, um ein neues Modell für die Zusammenarbeit zu suchen und diese Zusammenarbeit erlebbar zu machen.

Die Betroffenen und Angehörigen sind in einer angespannten Lage, so dass ihnen damit geholfen werden kann, wenn die Beratung zur Pflege an allen Standorten ermöglicht wird. Die Vernetzung dient dem Informationsaustausch zwischen den einzelnen Strukturen. Die Ansprechpartner sind untereinander bekannt. Die Betroffenen können überall Rat suchen, egal in welcher Kasse sie sind.

Die Vereinbarung wird zwischen der Stadt und sechs Kranken- und Pflegekassen geschlossen, heute sind zur Unterzeichnung neben der AOK Sachsen-Anhalt die BKK Landesvertretung Sachsen-Anhalt sowie die IKK gesund plus anwesend.

Herr Kogge fragt nach der Personenanzahl der Betroffenen. Frau Schulz nennt für Sachsen-Anhalt 80.000 Pflegebedürftige.

zu 4 Vorstellung der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Kölzner, Geschäftsführerin der Berufsförderungswerk Halle gGmbH (Bfw) und erteilt ihr das Wort.

Frau Kölzner informiert über die Spezialeinrichtung für Blinde und sehbehinderte Menschen. Wenn jemand aufgrund eines Unfalls eine Sehbehinderung erleidet und nicht mehr ganz am Arbeitsleben teilnehmen kann, werden diese Menschen hier gefördert und wieder in den Arbeitsmarkt zurückgeführt.

Die Einrichtung wurde 1898 als Provinzialanstalt gegründet. 7 denkmalgeschützte Gebäude stehen auf 25.000 m². Sie wurden auf den modernsten Stand saniert.

Frau Kölzner stellt Herrn Stemmler und Herrn Kückler vor, sie stehen während der Besichtigung für Fragen gern zur Verfügung. Es können die sensorische Welt sowie die elektronischen Hilfsmittel angesehen werden.

Frau Kölzner informiert, dass am Dienstag das Bfw und die Stadtverwaltung die seit 1995 laufende Kooperation zur Integration behinderter Menschen noch einmal verstärkt haben und einen Kooperationsvertrag unterzeichnet haben. In enger Zusammenarbeit mit dem BFW Halle wurden Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung behinderungsgerecht ausgestattet. Künftig werden jährlich mindestens drei Ausbildungsplätze für die berufspraktische Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten in der Fachrichtung Kommunalverwaltung bereit gestellt. Die Kommune ist hier Vorbild für andere, es gibt eine intensive Zusammenarbeit mit der Stadt.

Frau Kölzner berichtet weiterhin, dass das Bfw am Montag, 20.9.10 Gastgeber für das 5. Behindertenpolitische Forum unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Böhmer sein wird.

zu 5 Genehmigung der Niederschrift vom 19.8.2010

Frau Wolff möchte Folgendes korrigiert haben:

Seite 6 – Zu 4.

Frau Wolff fragt, ob man etwas dagegen tun kann, dass am Hauptbahnhof Tische und Stühle durch das Café das Blindenleitsystem blockieren und ob der Behindertenbeauftragte mit der Leitung des Hauptbahnhofes sprechen kann, um hier Abhilfe zu schaffen.

Seite 11 – Zu 11.

Ergänzen:

Frau Wolff bittet das Stellenprofil aus Leipzig den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Seite 12 – Zu 11

Ergänzen:

Frau Wolff bittet um eine Liste für die Diskussion zum Nachtragshaushalt.

(Diese Liste liegt nun vor.)

Mit diesen Änderungen wird die Niederschrift vom 19.8.2010 bestätigt.

zu 6 Bericht der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Tempel und Frau Dr. Radig, Geschäftsführerinnen der ARGE und erteilt ihnen das Wort.

Frau Tempel stellt die Statistik des Arbeitsmarktes (wurde an die Mitglieder verteilt) vor und berichtet über die aktuelle Situation. In der letzten Sitzung wurde in Abwesenheit der Geschäftsführung der ARGE Material zur Bürgerarbeit zur Verfügung gestellt. Frau Tempel gibt ergänzende Hinweise dazu und erläutert verschiedene Projekte.

Frau Dr. Radig ergänzt, dass die Ausgaben der KdU leicht über denen des Vorjahres liegen. Eine Erhöhung für 2011 wird jedoch nicht erwartet.

Frau Wolff fragt nach ESF-Programm. Frau Tempel informiert über die Ausschreibung. Träger ist die Bildungsgesellschaft FAA Südost.

Frau Wolff fragt, ob die KdU stabil sind, in der Haushaltskonsolidierung sind Einsparungen vorgesehen. Herr Kogge informiert, dass bei einer Erhöhung des Bundesanteils auf 26 % (zurzeit 23 %) eine Abführung in den Gesamthaushalt von 1,3 Mio Euro möglich ist.

Frau Wolff fragt, wie viele aus Phase 1 – 3 der Bürgerarbeit in den 1. Arbeitsmarkt gegangen sind? Frau Tempel informiert darüber in der nächsten Sitzung.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den beiden Geschäftsführerinnen für die Informationen.

zu 7 Beschlussvorlagen
zu 7.1 Grundsatzbeschluss zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaft
(ARGE)/SBG II Bereich
Vorlage: V/2010/09065

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem TOP den Beigeordneten Herrn Neumann und bittet ihn um Erläuterungen.

Herr Neumann informiert über den Antrag auf Option. Bei einer 2/3 Mehrheit im Stadtrat kann beim Land der Antrag gestellt werden. In Sachsen-Anhalt werden noch 2 Optionen möglich sein. Die Städte Dessau und Magdeburg bemühen sich ebenfalls darum. Der Saalekreis wird Optionskommune sein. Die Verwaltung braucht eine klare Vorgabe, wie es 2012 aussehen soll. Bis Ende des Jahres ist ein Konzept zu entwickeln zur Einreichung beim Land. Es geht darum, wie groß der Einfluss der Kommunen vor Ort auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist. Im Sozialbereich können positive Veränderungen erfolgen.

Herr Neumann informiert über die Erarbeitung der Vorlage gemeinsam vom Dezernat IV und V.

Er bedankt sich bei den beiden Geschäftsführerinnen der ARGE für die bisher geleistete gute Arbeit.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Einräumung des Rederechtes für die Geschäftsführerinnen der ARGE. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden.

Herr Kogge gibt ergänzende Erläuterungen. Die Vorlage ist auf dem Stand Juli. Bis jetzt gibt es schon wieder einige Veränderungen. Es werden hier Rahmenparameter deutlich gemacht.

Frau Wolff fragt:

1. Wird das Personal der BA von der Kommune vollständig übernommen, was hat das für finanzielle Auswirkungen? 87 % Bereitstellung vom Bund sind vorgesehen. Gibt es Vorstellungen, wie lange diese 87 % gezahlt werden?

2. Was ist mit der IT-Technik?

Herr Neumann antwortet zur ersten Frage, dass die Sicherung der Bundesmittel zurzeit nicht gesetzlich geregelt ist.

Frau Wolff fragt nach der Altersteilzeit, ist diese abgedeckt durch die Kommune, besonders bei denen, die dies demnächst betrifft.

Herr Neumann sagt, dass der Übergang organisiert werden muss, dies kann heute noch nicht beantwortet werden. Zur 2. Frage von Frau Wolff informiert er, dass die IT-Technik noch in der Diskussion sei, er ist überzeugt, dass sich eine Lösung finden wird, welche keinen großen Aufwand bedeutet.

Herr Kogge ergänzt, dass im SGB XII auch Berechnungen der KdU mit Technik erfolgt. Die Eintragung und Übergabe von Daten ist nur elektronisch möglich.

Frau Dr. Haerting bedauert die schlechte Akustik im Saal und bittet um eine laute und verständliche Aussprache. Sie hat ein grundsätzliches Problem mit der Aussage von Herrn Neumann, wie groß der Einfluss der Kommune ist. Dies ist nicht die Kernfrage, sondern wie die Vermittlung läuft und was dabei herauskommt. Sie findet es schwierig, dass erst der Stadtrat beschließen soll und danach das Konzept erarbeitet wird. Auf der Pro-Options-Seite wird angeführt, dass das Personalklima dann gut wäre. Die Stadt hat doch kein gutes Personalklima. Daran hängt aber eine gute Arbeit.

Die Ausschussvorsitzende sagt, es geht natürlich um die Menschen in der Stadt, dies sei das Entscheidende. Wie weit ist der Stand der Konzepte? Wann werden diese vorgelegt? Welche Vorstellung hat die Stadt, wo bestehen eigene Gestaltungsmöglichkeiten? Wie würde in der optierende Kommune Ausbildungsvermittlung erfolgen?

Herr Neumann sagt, dass selbstverständlich die Betroffenen im Kern der Bemühungen stehen, egal welcher Übergang erfolgt. Zu den Konzepten braucht die Verwaltung eine klare Ansage vom Stadtrat. Wenn die Zustimmung erfolgt, wird der Antrag an das Land gestellt, das Zeitfenster sei eng, das Konzept werde aber dann vorgelegt. Im Sinne der Betroffenen darf sich nichts verschlechtern und muss mindestens auf gleichem Niveau durchgeführt werden. Bei der Ausbildungsvermittlung wird sich nichts ändern.

Herr Kogge unterstreicht, dass die Option für das Jahr 2012 möglich ist, vorher wird es ein Jahr gemeinsame Trägerschaft geben. Bis dahin ist noch viel Diskussionsbedarf. Die Stadtverwaltung hat die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen.

Herr Hildebrandt macht auf einen Rechenfehler auf Seite 5 – Verwaltungsbudget – aufmerksam. Herr Kogge stimmt ihm zu und bittet dafür um Entschuldigung.

Herr Schachtschneider sagt, die Ausführungen auf Seite 19 widersprechen denen auf Seite 21, Vernetzung/Doppelstruktur. Er fragt, ob es eine Einigung über die Altersvorsorge gibt. Was wird mit der Personalvertretung?

Herr Kogge sagt, dass der Betriebsrat zwei Bereiche der Zuständigkeit hat. Die Regelung der Versorgungslasten wurde nach Erarbeitung der Vorlage geklärt. Frau Simon bestätigt dies.

Herr Weinert fragt nach der Ausbildungsvermittlung. Positiv ist, dass befristete Mitarbeiter in dauerhafte Arbeitsverhältnisse aufgenommen werden. Lässt sich das ausgestalten? Von was sind die 87 %? Die Einstellung des befristeten Personals ist noch unklar. Personal mit einer Befristung unter 24 Monaten geht nicht mit über. Es wird kein Datenzugriff bezüglich z. B. der Stellenangebote der Agenturen möglich sein. Damit ist eine überregionale Vermittlung vermutlich nicht möglich. Wo wird bei Optionskommunen der Vorteil gesehen?

Herr Neumann informiert, dass die meisten Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen bei der Agentur sind, nicht bei der Kommune. Diese bietet dauerhafte Arbeitsverhältnisse an, da die Mitarbeiter gebraucht werden und damit sie eine Perspektive haben. Die Arbeitsvermittlung hat bei der Agentur ein gutes System, auch private Anbieter haben das. Herr Neumann möchte eine Arbeitsvermittlung im Umkreis von 50 km und die Menschen nicht weit weg schicken. Die Sorge um das Personal ist verständlich. Die Ausbildungsvermittlung wird in den nächsten Jahren weniger benötigt werden, es wird eine ebenso gute Vermittlung organisiert.

Herr Kogge sagt, wenn die demografischen Zahlen zurückgehen, ist Vermittlung anders als früher, die Rahmenbedingungen sind gleich. Die Vernetzung der Strukturen (S. 20/21) sind als Möglichkeit aufgezeigt, es kann zu Doppelstrukturen kommen.

Frau Krausbeck fragt nach der organisatorischen Umsetzung und sieht ein Risiko, wenn weitere Aufgaben übernommen werden, dass dies die Kommune finanziell trifft. Wie ist die Sicht der Geschäftsführerinnen der ARGE?

Herr Neumann sagt, dass das Jahr 2011 gesetzlich geregelt ist. 2012 wird bei Schluss bis Ende des Jahres ein Konzept vorgelegt. Im nächsten Jahr wird weniger Geld da sein. Vor- und Nachteile sind umfassend dargestellt.

Frau Dr. Radig, Geschäftsführerin der ARGE von Seiten der Kommune, befürwortet die Option. Zwischen den Trägern findet die Abstimmung des Gesamt-Budgets statt. Die Betreuungsschlüssel sind gesetzlich geregelt. Wie viel Geld für die Verwaltung ausgegeben werden soll, ist gesetzlich geregelt. Das Gesamtpersonalkonzept wird gemeinsam definiert werden. Eine personelle Sicherheit wird möglich sein. Die Verbesserung der Schnittstellen schlägt sich auch auf die Arbeit mit den Kunden nieder.

Frau Tempel, Geschäftsführerin von Seiten der Agentur, dass der Stadtrat über die neue Organisation ab 2012 entscheidet. Der Einfluss der Kommune ist über die Trägerversammlung geregelt. Auf Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm ist der Einfluss der Kommune groß. Beim Personal sieht Frau Tempel die Sache etwas anders. Es kann weiterhin befristetes Personal beschäftigt werden. § 16 a geht auf keinen Fall an die BA, sondern in die Jobcenter.

Die Ausschussvorsitzende dankt den beiden Geschäftsführerinnen für ihre Stellungnahmen.

Herr Kogge ergänzt zu § 16 a SGB II (Rückübertragung), dass er für Verhandlungen die stärkste Position haben möchte.

Herr Bonan weist darauf hin, dass es im Jahr 2005, nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderungen im SGB II, bei den Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation deutschlandweit zu hohen Belegungseinbrüchen gekommen sei. Erst nach langer Anlaufzeit habe sich die Situation für die Antragsteller gebessert. Da die ARGE SGB II in Halle mittlerweile gut funktioniert, solle die Situation ohne große Not nicht erneut zu Lasten der Betroffenen geändert werden.

Frau Wolff unterstützt die Aussage von Herrn Bonan. Sie regt an, das Thema in weitere Ausschüsse zu geben.

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob ein neues Modell auch ein neues Haus bedeutet?

Herr Neumann sagt, dass man sich über die Infrastruktur noch keine Gedanken gemacht hat. Halle-Neustadt ist zurzeit weiter als Standort zu sehen.

Herr Hildebrand fragt, was das Sinnvollste für die Stadt ist, er befürwortet die Option, um Einfluss auf den Arbeitsmarkt zu haben.

Herr Czock fragt nach den Personalvertretungen. Werden die Mitarbeiter dem Personalrat der Kommune zugeordnet?

Herr Neumann sagt, dass die Personalvertretung abhängig sei von der Organisationsform.

Frau Dr. Haerting ist sich unsicher bei der Pro/Contra-Darstellung, wenn Pro Option angeführt wird, dass man dann mehr oder andere Ansprechpartner hätte. Das darf nicht an der Strukturform hängen und sollte auch jetzt schon sein, das ist der ursprüngliche Auftrag der ARGE.

Herr Neumann gibt den Hinweis, über beide Beschlusspunkte getrennt abzustimmen.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemäß § 6a SGB II den Antrag auf Option beim Land Sachsen-Anhalt zu stellen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, für die Einstellung der Geschäftstätigkeit der GmbH alle notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.

| | |
|--------------|---|
| Ja | 3 |
| Nein | 4 |
| Enthaltungen | 2 |

Der Beschlussvorschlag – Punkt 1 – wird mehrheitlich abgelehnt.

Zu 2.

| | |
|--------------|---|
| Ja | 9 |
| Nein | 0 |
| Enthaltungen | 0 |

Dem Beschlussvorschlag – Punkt 2 – wird einstimmig zugestimmt.

zu 8 Diskussion zum Nachtragshaushalt 2010

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Kogge um Erläuterungen.

Herr Kogge informiert über die Situation der Haushaltskonsolidierung. Sollte der Bund auf 26 % gehen, können 1,3 Mio Euro der Haushaltskonsolidierung zur Verfügung gestellt werden. Zu den KdU erläutert er, dass der neue Mietspiegel zeigt, wie Nachfrage und Bestand auf dem Wohnungsmarkt sich entwickelt haben. Zurzeit haben wir ein Bestandsproblem in Halle, kein Nachfrageproblem. Es wird zu überlegen sein, ob unsere KdU angemessen sind. Hier muss analysiert werden, dies betrifft nur einen kleinen Kreis. Es steht die Frage, was die Stadt sich noch leisten kann. Zurzeit kann noch kein Material zur Verfügung gestellt werden, da noch Datenerhebungen erfolgen.

Zur Haushaltskonsolidierung werden 100.000 Euro im Sozialbereich angeboten.

- Der Paritätische – soziale Werkstatt

11.369 Euro

| | |
|--|-------------|
| - Lebens(t)raum e. V. – Familienunterstützender Dienstag | 10.722 Euro |
| - SPI – Nachbarschaftszentrum „Pustebume“ | 25.000 Euro |
| - berufliche Ausbildung für Ausländer | 12.991 Euro |

Dies ergibt zusammen 60.000 Euro in der HHSt 4700. Hinzu kommen 40.000 Euro Einsparung bei Umzugskosten der Stadtbibliothek, nicht genutzten Schülerfahrkarten, nicht abgerufenem obligatorischen Unterricht und Einsparungen beim Stadtarchiv.

Frau Wolff hatte darum gebeten, die Liste der Kürzungen heute vorzulegen und bittet dies zur nächsten Sitzung nachzuholen, Pflichtleistungen und freiwillige Leistungen. Außer SPI ist keine Auszahlung erfolgt. Wie viele Projekte sind möglich geworden? Wie viele Träger wissen nicht, wie finanziert werden soll? Warum wurde nur an einen Träger gezahlt? Dies möchte bitte bis zur nächsten Stadtratssitzung geklärt werden, warum das passiert ist.

Frau Krausbeck fragt, ob die Vorlage noch bis zur Stadtratssitzung geändert wird.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach dem Brief der Drogenberatungsstellen.

Frau Simon antwortet, dass die Landeszuweisungen für Suchtberatungsstellen dieses Jahr erstmals an die Kommunen überwiesen wurde und nicht an die Träger direkt. Herr Kogge ergänzt, dass hier vom Land die Verteilung geändert wurde, dies kann durch die Kommune nicht beeinflusst werden. Die Suchtberatungsstellen haben von der Stadt Geld bekommen, nur noch nicht die Landesmittel.

Die Haushaltskonsolidierung mit 100.000 Euro ist erst heute entschieden worden. Die Unterlagen werden vervollständigt. Die Haushaltssperre ist nicht Aufgabe des Stadtrates, sondern des Kämmerers. Wenn der Nachtragshaushalt kommt, gibt es keinen Grund, nicht zu zahlen. Der Haushaltsplan ist beschlossen, das Geld kann nicht zurückgehalten werden. Beim SPI war sicherzustellen, dass die Mietzahlungen erfolgten, auch wenn das ZGM der Vermieter ist. Herr Kogge bittet um Entschuldigung, eine Ungleichbehandlung war hier nicht gewollt.

Herr Schachtschneider fragt, ob beim Beschluss des Nachtragshaushaltes die Pflichtleistungen zeitnah zu 100 % ausgezahlt werden, auch die anderen Leistungen wie beschlossen?

Herr Kogge bejaht diese Frage.

Frau Krausbeck fragt, erst wenn Genehmigung vom Land da ist? Wird der Nachtragshaushalt noch geändert, dass die Kürzungen innerhalb der HHSt sind?

Herr Kogge wird dies schnellstmöglichst nach Rücksprache mit Herrn Geier beantworten.

Die Ausschussvorsitzende sieht Probleme bei den KdU und der Bundesbeteiligung.

Herr Kogge sagt, wenn Bund den KdU-Anteil erhöht auf 26 %, dann sieht die Situation anders aus, dann kann dies anderen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Herr Weise äußert sich erstaunt, dass plötzlich der Brief der Verwaltung vom Tisch geweht werden soll.

Herr Kogge sagt, es gehe rechtlich nicht, das Geld kann nicht weggehen. Wenn die Haushaltssperre aufgehoben ist, kann das Geld ausgezahlt werden.

Herr Weise sagt, dass die Träger innerhalb der LIGA über die Einsparungen nachgedacht haben.

Herr Kogge sagt, dass es sich nicht wie in der Presse vermittelt um die Einsparung von 30 Stellen handelt, bei 100.000 Euro wären das max. 3 Stellen.

Herr Weise kann die Einsparungen bei den Schuldnerberatungsstellen nicht verstehen, es gibt deutlich mehr Schuldner, die Arbeit ist nicht zu schaffen.

Frau Krausbeck spricht an, dass über den Umgang mit den freien Trägern nachgedacht werden muss, wenn man solche Briefe verschickt. Sie vertritt die Meinung, der Stadtrat sollte über die KdU-Sätze beschließen.

Frau Wolff sagt, dass seit 15 Jahren die Haushaltskonsolidierungskonzepte der Haushaltswahrheit und -klarheit widersprechen, immer wieder steht die Frage, woher soll das Geld genommen werden. Herr Kogge wird gebeten, im Finanzausschuss die Einsparungen/Kürzungen vorzulegen.

Frau Wolff spricht Folgendes an:

Verwaltungshaushalt 2010, S.21 Finanzplanung Verwaltungshaushalt: Ausgaben im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe wird für 2011-2014 jeweils konstant mit ~48 Mio. € beplant.→ Ist dieses gleichbleibende Niveau realistisch?

Haushaltskonsolidierungsprogramm, S. 88, 110 IV/101 Rückforderung KdU SGB II – Bereich, Konsolidierungsbeitrag 1 Mio. €. → Wieso ist das eine Konsolidierungsmaßnahme, es handelt sich doch lediglich um eine Verrechnung mit der BA?

Herr Kogge sagt, dass die Situation sich nicht verbessern wird, wenn man Dinge wiederholt, die rechtlich nicht so sind. Die Frage zum angemessenen Wohnraum ist bundesweit definiert.

Frau Tomczyk-Radji findet nicht in Ordnung, dass die sachkundigen Einwohner die Unterlagen nicht zur Verfügung haben. Die Ausschussvorsitzende sagt, dass dieser TOP erst heute hier auf ihren Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dies stand bei Einladungsversand noch nicht fest. Heute geht es nur um eine Diskussion zum Thema, es erfolgt keine Abstimmung. Sie geht davon aus, dass die Vorlage aus dem Finanzausschuss in die Ausschüsse verwiesen wird. Diese wird dann im Oktober behandelt, dann werden die Unterlagen zugesandt.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 10 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 11 Mitteilungen

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass Herrn Dr. Fischer ein Angebot für hörbehinderte Mitglieder des Stadtrates vorliegt. Im Stadtrat wird das Angebot eingereicht.

Weiterhin informiert sie über die Teilnahme am Torball mit 5 Teilnehmern.

Offen sei noch die Beantwortung zum Gimmi.

zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Keine

zu 13 Anregungen

Die Ausschussvorsitzende regt an, das Angebot der ARGE anzunehmen, eine der nächsten Sitzungen dort stattfinden zu lassen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.10.10

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Martina Kerner
Protokollführerin